Neue Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.neuehelvetischebank.ch

Freitag, 13. Februar 2015 | Nr. 7 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

KONSEQUENTER EINSATZ FÜR DAS ERFOLGSMODELL SCHWEIZ

SVP schlägt Hans-Ueli Vogt als Ständeratskandidaten vor

Die Parteileitung der SVP des Kantons Zürich schlägt dem Parteivorstand und der Delegiertenversammlung Kantonsrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich, als Kandidaten für die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015 vor. Sie ist überzeugt, mit dem 45-jährigen Kantonsrat und Rechtsprofessor eine überaus befähigte, einsatzfreudige und konziliante Persönlichkeit zu nominieren. Hans-Ueli Vogt wird sich dank seinen fundierten Kenntnissen und seiner Verankerung im Wirtschafts-, Wissenschafts- und Werkplatz Zürich im Falle seiner Wahl als ein der Bedeutung seines Kantons entsprechender, gewichtiger und einflussreicher Standesvertreter erweisen.

ZB. Der heutige Ordinarius und Inhaber des Lehrstuhls für Privat- und Wirtschaftsrecht wurde 1969 in Illnau geboren und erlebte seine Jugendzeit im Zürcher Oberland. Seit 2003 ist Hans-Ueli Vogt als Professor an der Universität Zürich tätig, wo er Gesellschafts-, Vertrags- und Bankenrecht lehrt. Sein Forschungsschwerpunkt ist das Aktienrecht. Er ist ein angesehener Experte auf seinem Gebiet. Hans-Ueli Vogt studierte in Zürich (Dr. iur.), New York (LL.M.) und St. Gallen (MBA). Forschungsaufenthalte bzw. Gastprofessuren brachten ihn nach Florenz, Harvard und Peking. Zudem war und ist Vogt auch als Rechtsanwalt tätig, früher in führenden Anwaltskanzleien in New York und Zürich, heute im Nebenamt als unabhängiger Anwalt. Seit 2011 gehört Hans-Ueli Vogt als Vertreter der Zürcher Stadtkreise 7 und 8 dem Kantonsrat an. Er ist Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) und Präsident der Redaktionskommission. Er hat sich in den letzten Jahren in der kantonalen Politik gegen jegliche Steuererhöhungen und für einen schlanken Staat eingesetzt.

Für Schweizer Werte

In der Bundespolitik hat er sich als treibende Kraft hinter der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» einen Namen gemacht. Diese Volksinitiative will die Selbstbestimmung der Schweiz und der Schweizer Bürger erhalten. Hans-Ueli Vogt setzt sich mit ganzer Kraft für diejenigen Werte ein, die die Schweiz stark gemacht haben, nämlich für die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger, weil sie die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems und Wohlstandes sind; für die direkte Demokratie, weil die Bürger am besten wissen, was für das Land gut ist; für eine souveräne, weltoffene Schweiz, die selbstbewusst mit anderen Staaten zusammenarbeitet und dank ihrer Unabhängigkeit und Neutralität geachtet wird; für den Föderalismus, weil in überschaubaren Verhältnissen Probleme besser gelöst werden.An der Medienkonferenz vom vergangenen Dienstag stellte SVP-Parteipräsident Alfred Heer die Kandidatur von Hans-Ueli Vogt vor. Elisabeth Pflugshaupt, Präsidentin der Findungskommission, sprach über die Bedeutung des Kandidaten Hans-Ueli Vogt:

1. Die SVP will nach achtjähriger Absenz unbedingt wieder in den Ständerat einziehen. Unser Ziel ist es, die Wahlen vom 18. Oktober 2015 zu gewinnen. Es geht uns nicht um blosse Parteiprofilierung, sondern um die Entsendung einer starken, echt bürgerlichen Stimme unseres Wirtschaftskantons.
2. Selbstverständlich soll sich der SVP-Kandidat mit den Zielen und Anliegen der Schweizerischen Volkspartei identifizieren und diese mit Überzeugung vertreten. Er muss in der SVP-Basis in Stadt und Land gut verankert und akzeptiert sein.
3. Der SVP-Kandidat stellt sich einer Majorzwahl. Er muss darum als Persönlichkeit über die Parteigrenze hinweg überzeugen und wählbar sein.
4. Weiter verfügt der SVP-Kandidat über einen vorzüglichen beruflichen, politischen und charakterlichen Leistungsausweis. Er hat darum das Potenzial, im Falle einer Wahl als Standesvertreter des mit Abstand wirtschaftsstärksten Kantons rasch zu einem der einflussreichsten und kompetentesten aller 46 Ständeräte zu gehören.

Bedeutung der Ständeratswahlen

Hans Hofmann war von 1998–2007 während neun Jahren SVP-Ständerat. Natürlich gehört jedes Mitglied des Ständerates zu einer politischen Partei und politisiert auf dem Fundament seines Parteiprogramms. Es kommt im Ständerat aber vor, dass man bei Fragen, die den Kanton im Besonderen betreffen, nicht die Meinung der Partei, sondern diejenige des Kantons vertritt. Die Zürcher Regierung und der Kantonsrat sind ja mehrheitlich bürgerlich. Darum hat man als bürgerlicher Zürcher Ständerat nur höchst selten überhaupt einen solchen Konflikt. Der Kanton Zürich als Wirtschaftskanton ist für das ganze Land von entscheidender Bedeutung. Die Schweiz ist auf einen starken Kanton Zürich angewiesen. Das kann er aber nur sein und auch bleiben, wenn Wirtschaft und Gewerbe über optimale Rahmenbedingungen verfügen und vor allem, wenn er nicht über Gebühr Lasten zu tragen hat. Die Standortattraktivität unseres Wirtschaftsraums darf nicht durch den Bund geschmälert werden.

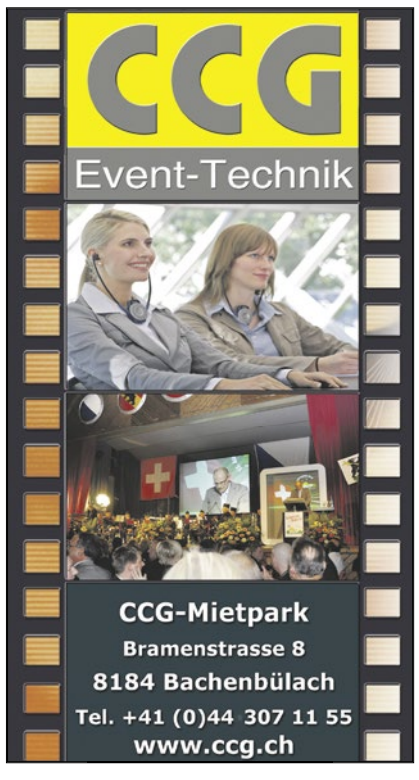
Für ein freies Unternehmertum

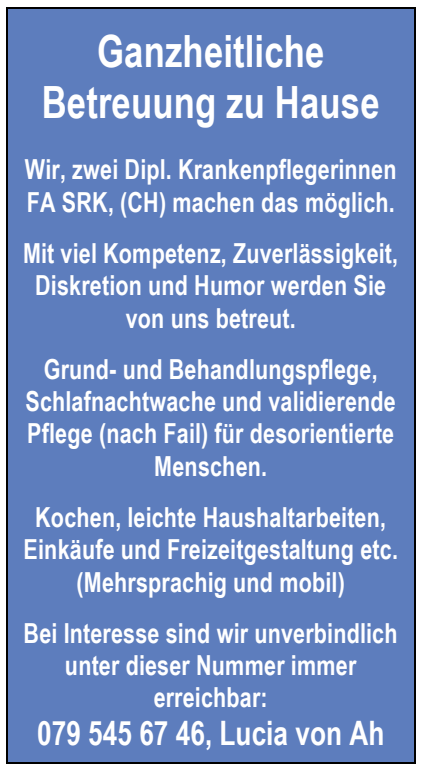
Hans-Ueli Vogt wird sich im Fall einer Wahl in den Ständerat konsequent für das Erfolgsmodell Schweiz einsetzen:

– gegen den Abbau der direkten Demokratie (der im Ständerat besonders unverblümt vorangetrieben wird) und für die Umsetzung von Volksentscheiden, weil dank der Mitsprache der Bürger Fehlentwicklungen im Staat und in der Politik korrigiert werden;
– für ein freies Unternehmertum und eine freie Marktwirtschaft: gegen ein Aktienrecht, das die Unternehmen immer mehr einengt; gegen eine immer stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes; gegen eine Lohnpolizei in Unternehmen; gegen eine Banken- und Finanzmarktregulierung, die sich am unmündigen Kunden ausrichtet und das Bankengeschäft darum immer komplizierter und aufwendiger macht;

Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt

– gegen immer noch mehr und noch höhere Steuern (Erbschaftssteuer, Energiesteuer, SRG-Steuer usw.), weil nur mit tiefen Steuern verhindert werden kann, dass der Staat immer noch mehr Aufgaben an sich reisst und sich mit immer neuen Behörden und Vorschriften in die Privatwirtschaft einmischt;
– für den Abschluss von Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten auf der Welt, auch mit dem Ziel, die Abhängigkeit der Unternehmen vom EU-Wirtschaftsraum zu verringern;
– gegen die Unterwerfung der Schweiz unter internationale Organisationen, wie namentlich die EU, und ausländische Gerichte, weil so immer mehr sozialstaatliche Anliegen in unsere freiheitliche Ordnung eindringen, statt dass die Schweiz ihren Vorteil als unabhängiger, neutraler Kleinstaat selbstbewusst nutzt;
– für Föderalismus und gegen Zentralisierung, weil in überschaubaren Verhältnissen Probleme besser gelöst und Missbrauch und Fehlentwicklungen schneller aufgedeckt werden und weil der Wettbewerb zwischen Gemeinden bzw. zwischen Kantonen bessere Lösungen hervorbringt als eine zentrale Verwaltung;
– für Solidarität mit denen, die unverschuldet und trotz eigener Anstrengung in einer Notlage sind, aber gegen eine Sozialpolitik, die ein Leben «vom Staat» attraktiv macht;
– für eine kontrollierte Zuwanderung in die Schweiz und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – soweit möglich unter Beibehaltung der Bilateralen I –, weil ein freier Personenverkehr zwischen Staaten mit allzu unterschiedlichen Wohlstandsniveaus wirtschaftspolitisch schlecht ist und weil zuerst das Arbeitnehmerpotenzial in der Schweiz genutzt werden muss, bevor immer noch mehr Menschen in die Schweiz kommen;
– für die konsequente Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, weil sie dem einfachen, einleuchtenden Prinzip folgt: Wer in die Schweiz kommt und sich nicht an unsere Regeln hält, muss wieder gehen.





Christoph Mörgeli

Steuer- und andere Verstandesausfälle

Ja, er sei für einen bürgerlichen Schulterschluss. Nein, eine Listenverbindung mit der SVP rechne sich nicht. Beides behauptet FDP-Präsident Philipp Müller. Er rechnet falsch. Noch schlimmer: Er spielt falsch. Denn er gewichtet den Erhalt seiner zwei freisinnigen Bundesratssitze durch linke Stimmen höher als den Gewinn von bürgerlichen Parlamentssitzen. Doch vor der Theaterkulisse eines freisinnigen Parteitags inszenierte der Achtzehn-Prozent-Müller sein Achtzehn-Punkte-Programm. Die hehren Absichten über den dringend nötigen Abbau von Bürokratie und staatlicher Administration gipfelten im Notschrei: «Deregulierung jetzt!» Jenseits des Parteitagsspektakels, im tristen Polit-Alltag, reguliert die FDP im Stundentakt: Die freisinnigen Deregulierer erhöhten die Mehrwertsteuer für die IV ebenso wie die Entwicklungshilfe- und Bildungsmilliarden. Die freisinnigen Deregulierer wollten eine Vignette von hundert Franken und stimmten für die planwirtschaftliche «Energiewende light». Die freisinnigen Deregulierer unterstützten das «Solidaritätsprozent» für die Arbeitslosenkasse, die Aufstockung der Swisscoy, die Gafi-Finanzmarktregulierungen oder das bürokratische Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz. Philipp Müllers «bürgerlicher Schulterschluss» ist in der traurigen Realität ein bürgerlicher Schulterschuss: Der Präsident der Zürcher Arbeitgeber, der frühere FDP-Vizekantonalpräsident und Ex-Fraktionschef im Kantonsrat hintertreibt ganz offiziell das bürgerliche Fünferticket für den Regierungsrat. Thomas Isler präsentierte sich den Medien als willkommenen Supporter der Wiederwahl des Grünen Martin Graf («‹Carlos›-Graf»). Derweil tritt die freisinnige Nachwuchshoffnung Andrea Caroni mit grünen und roten Nationalratskolleginnen vor die Kameras, um über Steuerausfälle wegen der bevorstehenden Familieninitiative zu jammern. Der Kampf für Steuerausfälle und gegen die staatliche Steuergier wäre Zweck und Ziel eines gesunden Freisinns. Doch seine angeblich deregulierenden Exponenten schreien Zeter und Mordio, wenn dem gefrässigen Staatsmoloch ein paar Franken weniger zufliessen. Wetten, dass die FDP-Deregulierer die neue Billag-Mediensteuer in der kommenden Volksabstimmung unterstützen? Wegen drohender Steuerausfälle. Es drohen mehr als Ausfälle der Steuern. Nämlich Ausfälle des Verstandes.

SVP FORDERT RESPEKTIERUNG DES VOLKSWILLENS

Bundesrat räumt der EU Veto-Recht bei der Umsetzung der Bundesverfassung ein

Der Bundesrat handelt mit den gestern gefassten Beschlüssen zur Umsetzung des Zuwanderungsartikels in der Bundesverfassung unglaubwürdig. Einerseits legt er eine lückenhafte Umsetzungsgesetzgebung vor. Andererseits stellt er die Umsetzung grundsätzlich in Frage, indem er diese von einer Anpassung des Freizügigkeitsabkommens abhängig macht. Damit wäre eine innerstaatliche Umsetzung des Verfassungsartikels nur mit dem Einverständnis der EU möglich. Diese erhält so vom Bundesrat gewissermassen ein Veto-Recht betreffend die Schweizer Gesetzgebung. Damit sind die Verhandlungen mit der EU schon jetzt zum Scheitern verurteilt. Ein Erfolg ist nur möglich, wenn der Bundesrat die Umsetzung der Verfassungsbestimmung entschieden angeht und eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens in Kauf nimmt. Die SVP fordert vom Bundesrat endlich ein konsequentes Vorgehen, das den Volkswillen respektiert.

SVP. Das am Mittwoch vom Bundesrat verabschiedete Verhandlungsmandat mit der EU ist unbrauchbar. Indem der Bundesrat die Sicherung des bilateralen Weges auf die gleiche Stufe stellt wie den Verfassungsauftrag zur Steuerung der Zuwanderung, ist kein befriedigendes Verhandlungsergebnis möglich.

Der Bundesrat hält zudem fest, dass eine Umsetzung des Verfassungsauftrages nur dann erfolgen wird, wenn das Freizügigkeitsabkommen (FZA) angepasst werden kann: «Die Voraussetzung dafür, dass das Umsetzungskonzept auch für Angehörige der EU/EFTA-Staaten zur Anwendung kommen kann, ist deshalb eine entsprechende Anpassung des FZA (Erläuternder Bericht des Bundesrates, S. 7)». Damit manövriert sich der Bundesrat in eine unmögliche Ausgangslage für die Verhandlungen: Die EU weiss jetzt, dass die Schweiz nichts unternehmen wird, das nicht ihren ausdrücklichen Segen findet.

Somit ist aus Sicht der EU von Anfang an jedes Entgegenkommen unnötig.

Das macht schon jetzt deutlich, dass der Bundesrat in letzter Konsequenz wohl nicht daran denkt, den Volkswillen umzusetzen.

Für die SVP ist klar, dass sie eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens lancieren wird, falls der Bundesrat die Umsetzung hintertreibt oder die EU Verhandlungen verweigert.

Eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens ist gemäss Entscheid von Volk und Ständen vom 9. Februar 2014 zwingend.

Ungenügende innerstaatliche Umsetzung

Beim Vorschlag für die Umsetzung der Verfassungsbestimmung auf Gesetzesstufe anerkennt die SVP zwar, dass sich der Bundesrat in verschiedenen Punkten am Umsetzungskonzept der SVP orientiert. Dieses lehnt sich an die bewährten Eckpunkte der Kontingentsregelung und des Inländervorrangs, welche zwischen 1970 und 2002 Gültigkeit hatten, an. In wichtigen Punkten sind die Vorschläge des Bundesrates jedoch noch ungenügend und müssen nachgebessert werden:

- Der bundesrätliche Vorschlag sieht keine Beschränkung des Familiennachzugs und keine Massnahmen gegen die Einwanderung in die Sozialwerke vor, obwohl dies die wichtigsten Hebel zur Beseitigung von Fehlanreizen und Missbräuchen sind.
- Der Bundesrat richtet die Aufenthaltsdauer nicht konsequent auf den Arbeitsvertrag und die Dauer des Arbeitsverhältnisses aus, was für die Wirkung im Ziel absolut entscheidend wäre.
- Der Aufenthalt ohne Erwerbstätigkeit bis zu einem Jahr ist nicht kontingentiert, was zu Umgehungen führen kann.
  Die SVP wird im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens auf der Basis ihres Umsetzungskonzepts verschiedene Verbesserungen einbringen. Ziel muss letztlich eine markante Senkung der Zuwanderung sein.

Steuerung der Zuwanderung ist dringend

Die Probleme mit der Zuwanderung sind nach wie vor ungelöst: Die Netto-Zuwanderung belief sich auch im vergangenen Jahr auf über 80 000 Personen. Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern in der Schweiz liegt bei mittlerweile 7 Prozent.

Das heisst: Arbeitslose Ausländer verlassen unser Land nicht mehr, sondern beziehen hier auf Dauer Leistungen aus den Sozialversicherungen! Gerade vor dem Hintergrund der Aufhebung des Euro-Mindestkurses ist die rasche Umsetzung einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung dringender denn je. Sollte es kurz- und mittelfristig zu grösseren wirtschaftlichen Problemen oder gar einer Rezession kommen, ist es umso wichtiger, dass die Schweiz die Zuwanderung über Kontingente und einen Inländervorrang eigenständig steuern kann.

Die Schweiz ist mit dem stärkeren Franken als Arbeitsplatz noch attraktiver geworden. Die Lohunterschiede zum Ausland haben sich vergrössert – und damit auch der Anreiz, inländische Arbeitnehmer durch billigere ausländische Arbeitskräfte zu ersetzen. Der Migrationsdruck wird sich also kurzfristig noch verstärken. Bei einer allenfalls höheren Arbeitslosigkeit ist ein Inländervorrang, wie ihn die Verfassung vorsieht, von zentraler Bedeutung.

Im Weiteren ist sicherzustellen, dass Ausländer ohne Arbeit die Schweiz rasch verlassen und nicht über Jahre in den schweizerischen Sozialwerken bleiben, wie dies heute im Rahmen der Personenfreizügigkeit möglich ist.

FLUGHAFEN ZÜRICH

Kantonale Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk»

«Luftfahrt ist öffentlicher Verkehr». Diese Aussage aus dem Luftfahrtpolitischen Bericht des Bundesrates von 2004 zeigt unmissverständlich die herausragende volkswirtschaftliche Bedeutung der schweizerischen Luftfahrt. Oberstes Ziel der Schweizer Luftfahrt ist die Sicherstellung einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren. Sie ist sowohl ein Element der Aussenwirtschaftspolitik als auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Jeder dritte Übernachtungstourist, der aus dem Ausland anreist, reist per Flugzeug in unser Land ein. Auch die Luftfracht ist von zentraler Bedeutung. Deshalb ist der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Luftfahrt hohe Beachtung zu schenken.

Max Binder
Nationalsrat SVP
Präsident Komitee
«Pro Flughafen»
Illnau

Rund 180 000 direkt und indirekt Beschäftigte und eine jährliche Wertschöpfung von über 30 Milliarden Franken belegen das eindrücklich. Von den gut 52 000 an den Schweizer Flughäfen Direktbeschäftigten arbeiten allein am Flughafen Zürich über 25 000. Der zentralen Bedeutung des Flughafens Rechnung tragend, erachtet der Bundesrat den Betrieb eines Drehkreuzes in Zürich als effizientes Mittel, um die Anbindung unseres Landes zu optimieren.

Der Landesflughafen Zürich hat also für die Schweizer Wirtschaft hohe nationale Bedeutung. Die zentrale volkswirtschaftliche Bedeutung für den Wirtschaftsstandort und den Wirtschaftsraum Zürich ist unbestritten hoch. Immerhin verbindet uns der Flughafen Zürich mit 186 Wirtschaftszentren und Feriendestinationen.

Nationale Verantwortung des Kantons Zürich

Damit steht der Kanton Zürich in zweifacher Verantwortung, was die Entwicklung des Flughafens betrifft. Einerseits im eigenen –, anderseits aber auch in hoher Priorität im nationalen Interesse. Der Bund allein ist denn auch zuständig für die Genehmigung von Lage und Länge der Pisten, die von der Flughafen Zürich AG (FZAG) beantragt werden. Das heisst aber nicht Befehl aus Bern: Verstanden! Nein, der Kanton Zürich hat per «Gesetz über den Flughafen» (Flughafengesetz) ein «Vetorecht», wenn die FZAG über entsprechende Anträge an den Bund beschliesst.

Das Zürcher Volk kann auf Grund des Flughafengesetzes zu einem positiven Entscheid des Kantonsrates das Referendum ergreifen und so eine Volksabstimmung erwirken. Zu einem negativen Entscheid des Kantonsrates ist das nicht möglich. Der Kantonsrat entscheidet in diesem Fall also endgültig. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben nichts zu sagen.

Aktuelle Situation

Das Zürcher Volk steht zum Flughafen. Das hat es seit 1946 in mehreren Volksabstimmungen über die einzelnen Entwicklungsschritte des Flughafens immer wieder bewiesen.

Dabei handelte es sich immer um massvolle, den Bedürfnissen aller Betroffenen gerecht werdende Ausbauten. In der letzten Volksabstimmung zum Flughafen Zürich im Jahr 2011 haben die Zürcher Stimmberechtigten einen Ausbaustopp am Flughafen mit 214 995 Nein gegen 150 750 Ja deutlich abgelehnt.

Ein Gegenvorschlag scheiterte ebenfalls deutlich mit 235 021 Nein gegen 109 411 Ja. Schon in den Jahren 2007 und 2009 wurden Begehren mit dem Ziel einen Entwicklungsstopp herbeizuführen, klar verworfen. Das zeigt in aller Deutlichkeit, dass das Zürcher Volk die Wichtigkeit und die volkswirtschaftliche Bedeutung «seines Flughafens» schon lange erkannt und immer wieder bestätigt hat.

Der Kantonsrat

Umso erstaunlicher ist das Verhalten der Mehrheit des Kantonsrates im Rahmen der Beratungen des kant. Richtplanes im März 2014. Damals wurde die Möglichkeit einer Verlängerung der Pisten 10/28 und 14/32 aus dem kant. Richtplan gestrichen.

Es ging nicht um den Bau von Pistenverlängerungen, sondern lediglich um die Möglichkeit, solche zu planen, wenn dies nötig sein sollte. Der Eintrag von Pistenverlängerungen im Richtplan ist kein Entscheid für ein Bauvorhaben. Er sichert lediglich den benötigten Platz. Der Verzicht auf den Eintrag ist aber bereits ein Nein zu jeder Pistenverlängerung für lange Zeit, ohne dass das Volk dazu etwas sagen kann. Mit seinem Entscheid setzte sich der Kantonsrat über den Volksentscheid von 2011 (Nein zu einem Ausbaustopp) hinweg.

Er setzt das Volk schachmatt. Er missachtet den Volkswillen, mit dem Ziel, den abgelehnten Ausbaustopp auf anderem Weg und am Volk vorbei durchzusetzen.

Die Initiative

Um dem Zürcher Stimmvolk bei der Weiterentwicklung des Flughafens in jedem Fall die Mitsprache zu garantieren, haben wir die Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk» lanciert.

Die Initiative will das Flughafengesetz in dem Sinn ändern, dass der Beschluss des Kantonsrates dem fakultativen Referendum untersteht, unabhängig davon, ob der Kantonsrat die Weisung des Regierungsrates genehmigt oder ablehnt. Bis heute ist das Referendum nur bei einem positiven Kantonsratsbeschluss möglich.

Fazit

Die Initiative überzeugt: Bis heute haben schon mehr als 9000 Stimmberechtigte unterzeichnet. Mit Ihren Unterschriften können Sie ihr noch mehr Gewicht verleihen. Es ist wichtig, dass das Zürcher Stimmvolk sich genau überlegt, wie es der sorgsamen Entwicklung des Flughafens gegenübersteht. Immerhin gibt es auch Bestrebungen, die Kompetenzen allenfalls nach Bundesbern zu verschieben. Das soll nicht sein.

Das Zürcher Volk hat immer wieder bewiesen, dass es in Flughafenfragen die nationale, aber auch die regionale und lokale volkswirtschaftliche Bedeutung des grössten Landesflughafens anerkennt.

Unterschriftenbogen bestellen und herunterladen:
Telefon 043 222 42 10 oder www.pisteninitiative.ch
Spätester Rücksendetermin: 24. Februar 2015

AUS DEM KANTONSRAT

Gemeindegesetz: Erste Lesung abgeschlossen

Am Montag hat der Kantonsrat nach einer weiteren intensiven Debatte das Gemeindegesetz abgeschlossen. Weiter wurde die linke Initiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich» behandelt.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

In der ersten Lesung des Gemeindegesetzes wurden die letzten Paragrafen bereinigt. Heiss diskutiert wurde §190 betreffend der Bewertung der Eingangsbilanz. Die SVP hatte einen Minderheitsantrag eingereicht, um den ganzen Paragrafen zu streichen: Die Neufassung will, dass das Finanzvermögen nach dem Verkehrswert neu bewertet wird, die Rückstellungen nach Nominalwerten.

Problematische Neubewertung

Das Verwaltungsvermögen kann gemäss neuer Formulierung unter Berücksichtigung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten spätestens ab 1986 neu bewertet werden. Die SVP-Sprecher **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) und **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) wehrten sich dagegen: «Sinn der Abschreibung ist das Abschreiben der Kosten, und damit die Refinanzierung von Ausgaben; lassen wir die Gemeinden machen, wie sie es wollen. Mit der Neubewertung würden Gemeinden zwar kurzfristig aus einer finanziellen Notlage gehoben, müssten aber bestimmte Werte zweimal abschreiben. Damit wird das Eigenkapital künstlich vergrössert. Amrein ergänzte: «Alle Kommunen, welche in der Vergangenheit mit ihren Ressourcen haushälterisch umgegangen sind und im Rahmen des Möglichen Abschreibungen getätigt haben, müssen sich hintergangen fühlen. Städte und Gemeinden, hier sei insbesondere die Stadt Winterthur erwähnt, welche sich der Schuldenwirtschaft verschrieben haben und einen entsprechend hohen Steuerfuss vor sich her schieben, werden geblendet und kurzfristig in den falschen Glauben versetzt, sie verfügten wieder über Mittel.» Der Streichungsantrag wurde abgelehnt mit 117 zu 51 Stimmen.

Eine Minderheit aus der vorberatenden Kommission wollte, dass die Verordnungen zum Gemeindegesetz der Genehmigung des Kantonrates unterstehen. Mit knappen 84 zu 83 Stimmen wurde dieser SVP-Vorschlag abgelehnt.

Eine weitere Minderheit wollte den Amtszwang für Gemeindevorstände, Mitglieder von Rechnungsprüfungskommissionen, Schulpflegen und Wahlbüros aus dem Gesetz streichen. Die Hürden für eine Amtsentlassung bestehen praktisch nicht mehr, darum brauche es diesen «alten Zopf» nicht mehr, argumentierten die Befürworter der Abschaffung. **Hans-Peter Amrein** meinte: «Die Bezirksräte haben es in der Hand, diese Hürde etwas höher zu schrauben und nicht jedem Entlassungswunsch sofort nachzukommen, sie sind die Entscheidungsbehörde!» Der Rat entschied mit 101 zu 66 für die Beibehaltung des «alten Zopfes».

Mehr Geld für den Sportfonds

Mit einer Motion wollten Parlamentarier, dass der Anteil von Swisslos an den Sportfonds von 21 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden soll. Die Gelder aus dem Sportfonds werden für Sportanlagen in den Gemeinden gebraucht – der Beitragsanteil soll von 10 auf 15 Prozent erhöht werden, sofern das Projekt dem Kantonalen Sportanlagenkonzept entspricht. Ausserdem wird aus diesem Fonds der Verbands- und Vereinssport unterstützt. Drittens dienen die Gelder der Nachwuchsförderung und Unterstützung von Projekten, um junge Menschen zum regelmässigen Sporttreiben zu bewegen. 2014 überwies Swisslos dem Kanton knapp 80 Millionen. 21 Prozent davon wären gut 16 Mio. Franken. Mit der Erhöhung bekäme der Sport, vor allem der Breitensport, rund 7 Mio. Franken mehr.

Matthias Hauser vertritt die Meinung der SVP: «7 Millionen mehr sollen mit dieser Änderung dem Sport zufliessen. Wir unterstützen dies! Das Geld soll zu zusätzlicher Förderung eingesetzt werden. Allerdings gibt es ein Aber. Dem Lotteriefonds werden in den letzten Jahren in vermehrtem Masse Gelder entnommen, irgendwann ist er leer! Die Gefahr besteht, dass mit den vermehrten Entnahmen aus dem Fonds durch ein Hintertürchen der Staat entlastet werden könnte … und das geht natürlich nicht, denn dazu ist der Lotteriefonds nicht gedacht. Und was auch in unserem Sinne ist: Dadurch, dass der Sport einen etwas höheren Beitrag bekommt, bleibt etwas weniger für die Kultur!»

Nach einer ausgedehnten Diskussion beschloss der Rat mit 148 zu 19 Stimmen «Eintreten» auf die Vorlage und sprach sich somit gegen den Nichteintretens-Antrag der Grünen aus.

Volksinitiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich»

Die Kommission für Planung und Bau, KPB, lehnt diese Initiative ab, war vom Präsidenten **Pierre Dalcher** (SVP, Schlieren) zu vernehmen. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates wurde in der Kommission in wichtigen Punkten geändert und ist somit eine Alternative für eine zu erwartende Volksabstimmung. Mit dem Gegenvorschlag bekommen die Gemeinden die Möglichkeit, bei Bedarf einen Fonds zu bilden, um den Bau von Genossenschaftswohnungen zu fördern. **Jakob Schneebeli** (SVP, Affoltern) vertrat die Meinung der SVP. Die Initiative verspricht das Allerheilmittel gegen die Wohnungsnot zu sein.

Der Staat soll zinsgünstige Beiträge zur Verfügung stellen, der Staat soll einen Fonds einrichten und jährlich 45 Mio. Franken einschiessen. Aber wir wissen alle: so gut sehen die Kantonsfinanzen nicht aus, als dass wir diesen Betrag einfach so aus der laufenden Rechnung nehmen können. Ausserdem soll der Kanton eigenes Land zur Verfügung stellen und/oder den Gemeinden ein Vorkaufsrecht einräumen. Die Initianten fordern überdies, dass in Überbauungen mindestens 20 Prozent gemeinnützige Wohnungen zu realisieren seien. Das ist für uns nicht akzeptabel, damit würde das Eigentumsrecht verletzt. Wir sind der Meinung, dass die Wohnbauförderung des Kantons genügt.

Die geplanten stark regulierenden Vorschriften würden Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben. Wohnungen würden eher teurer als günstiger – wenn sie denn überhaupt noch gebaut würden. **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) ergänzte die Ausführungen der zahlreichen Votanten: «Die Befürworter fordern staatliche Förderung. Mit noch mehr und weitergehenden Vorschriften wollen die Linken und Grünen aus ihrer Neidhaltung heraus einmal mehr den Mittelstand schwächen und deren Mittel umverteilen.

Bedenken Sie, dass Wohneigentum auch Altersvorsorge ist. Im Übrigen werden die bestehenden Darlehen für Wohnbauförderung gar nicht ausgeschöpft.» Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker ergänzte: In der Stadt Zürich sind fast 50 Prozent der Haushalte Einpersonenhaushalte, wir leben nach wie vor sehr komfortabel und brauchen viel Raum. Man will planerischen Mehrwert schaffen im Sinne der Verdichtung. Der Kanton führt bereits heute eine Wohnbauförderung für Personen mit tiefem Einkommen und Vermögen. 180 Mio. Franken stehen dafür zur Verfügung. Aber diese Gelder werden gar nicht für Darlehen in Anspruch genommen.

Die Linken haben sich für die Kulturlandinitiative eingesetzt, es war schon damals klar, dass damit Wohnen teurer wird. Die institutionellen Anleger, die in Liegenschaften investieren, sind unsere Pensionskassen, von welchen von allen Seiten ein guter Deckungsgrad erwartet und gefordert wird.

Die Vorlage ist damit materiell beraten, kommt in die Redaktionslesung. In einigen Wochen wird der Rat darüber abstimmen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Neues Gemeindegesetz: weder praxis- noch miliztauglich

Martin Zuber
Kantonsrat SVP
Waltalingen

Ein Vertreter der schreibenden Zunft hat am Montagmittag erklärt, dass er vor lauter Anträgen, Folgeanträgen, Minderheitsanträgen und Rückkommensanträgen den Durchblick bei der Behandlung der Vorlage 4974a (neues Gemeindegesetz) völlig verloren habe.

So erging es wahrscheinlich auch vielen Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Materiell ist das Gesetz durchberaten und geht an die Redaktionskommission und wird am 9. März wieder auf der Traktandenliste stehen.

Mit einem Minderheitsantrag wollten wir von der SVP verhindern, dass Schulgemeinden, die das Gebiet von Parlamentsgemeinden ganz oder teilweise umfassen, sich bis zum Ablauf der nächsten ordentlichen Amtsdauer auflösen müssen. Damit konkretisiert sich die Bestimmung, dass Parlamentsgemeinden Einheitsgemeinden sein müssen. Die SVP-Fraktion setzt sich für eine starke, unabhängige Volksschule mit Schulpflegen ein.

Die Volksschule wird von der Bevölkerung getragen, die ihre Kinder in ihr bilden lässt. Deshalb will die SVP die Autonomie der Schulgemeinden gegenüber dem Kanton stärken. Die Neubewertung des Verwaltungsvermögens nach dem Rechnungsmodell HRM2 ist ein Unding und unsere Fraktion wollte dieses neue Modell aus dem Gesetz streichen.

Mit einem plumpen Trick wird das Eigenkapital durch die Neubewertung bei den meisten Gemeinden massiv erhöht, weil die Abschreibung der Investitionsgüter über einen längeren Zeitraum erfolgt. Gegen unseren Willen beschloss der Rat leider auch, das Rechnungsmodell HRM2 und die lineare Abschreibung einzuführen. Sie sind zwar nun Pflicht für alle Gemeinden, die können aber wählen, ob sie die Neubewertung des Verwaltungsvermögens (Restatement) vornehmen oder als Alternative ihr Verwaltungsvermögen auf Anlagen verteilt über die Restnutzungsdauer linear abschreiben wollen.

Wohin dieses harmonisierte Rechnungsmodell führt, zeigt z.B. der Kanton Aargau, wo nach Einführung in der Rechnungslegung bereits wieder Wildwuchs herrscht. Zum Erreichen des HRM2 Mindeststandards hätte man übrigens gemäss Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren das Verwaltungsvermögen nicht aufwerten müssen. Diese Aufwertung des Verwaltungsvermögens ist ein übler Trick, der für manche Gemeinde böse enden kann.

Hauchdünn wurde ein Minderheitsantrag der SVP, unterstützt von der FDP, abgelehnt. Nach diesem Antrag hätte dereinst die Verordnung zum Gesetz dem Kantonsrat vorgelegt werden müssen. Leider konnten wir uns nicht durchsetzen.

Der Regierungsrat will sich so vorbehalten, weitere, insbesondere den Finanzteil betreffende, unsinnige Vorgaben unter Umgehung des Kantonsrates auf dem Verordnungsweg zu verfügen.

Der SVP wurde nach dieser Debatte süffisant vorgeworfen, dass wir am Rad der Zeit zurückdrehen wollen. Dass dem nicht so ist, zeigt unser Parteiprogramm. Wir wollen ein praxis- und miliztaugliches neues Gemeindegesetz, das für grosse Städte, wie für kleinste Landgemeinden in der Anwendung brauchbar ist. Für uns ist das neue Gemeindegesetz im Moment untauglich.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag …

😐 … eine Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung in erster Lesung beraten. Neu soll der Ertrag von Swisslos zugunsten des Sportfonds erhöht werden.

😐 … die Volksinitiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich» und den Gegenvorschlag der Kommission Planung und Bau beraten.

☹ … das neue Gemeindegesetz in erster Lesung durchberaten.

9. Februar 2015

Parolen zur Volksabstimmung vom 8. März 2015

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

1. Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»	**JA**
2. Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuer»	**NEIN**

GREGOR RUTZ IM STAMMERTAL ZU GAST

Der Staat macht keine Steuergeschenke

Der SVP-Nationalrat Gregor Rutz war am diesjährigen Fondsueabend der SVP Stammertal Gastreferent. Dabei plädierte er für die wichtigen Werte wie Sicherheit und Stabilität.

RoMü. «Wir können heute einen Gast begrüssen, welcher die Parteiarbeit von der Front und vom Hintergrund her kennt. Er gilt nicht als Hardliner mit dem Zweihänder, sondern er sucht die Lösungen eher auf dem pragmatischen Weg», stellte Konrad Langhart, Präsident der SVP Stammertal, bei der Begrüssung des Gastreferenten Gregor Rutz fest. Von 2001 bis 2008 leitete Rutz das Generalsekretariat der SVP Schweiz, sass auch einige Jahre im Zürcher Kantonsrat und gehört seit 2012 dem Nationalrat an. «Als wir die Schwerpunkte für den nationalen Wahlkampf in diesem Jahr mit den Schwerpunkten Stabilität und Sicherheit legten, konnten wir noch nicht ahnen, dass mit Blick auf die Aktualität beide Themen Top aktuell sind», hielt SVP-Nationalrat Gregor Rutz fest. Die Terroranschläge in Paris und die Loskoppelung des Schweizer Frankens vom Euro hängen für ihn entsprechend eng mit den Wahlkampfthemen zusammen.

Rutz gab auch ein klares Plädoyer für den Föderalismus und das Milizsystem ab. «Die Kritik, dass dieses alles unprofessionell ist und auch zu langsam geht, lasse ich nicht gelten. Gerade der Wettbewerb unter den Gemeinden und den Kantonen und Entscheidungsträger, welche mit beiden Füssen im breiten Erwerbsleben stehen, machen mit ihrer Arbeit und vernünftigen Entscheiden unser Land stabil, attraktiv und auch sicher. Die Mitsprache des Volkes garantiere zudem eine starke und prosperierende Wirtschaft», so ist Rutz überzeugt. Denn für ihn ist auch klar, dass Milizparlamentarier fast immer praxistaugliche Gesetze machen.

Mit Blick auf den aktuellen sehr starken Franken und schwachen Euro kam Rutz zum Schluss, dass die Währung das Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage eines Landes ist. Die ma-

SVP-Nationalrat Gregor Rutz zeigte verschiedene Baustellen in der aktuellen Politik auf.

rode wirtschaftliche Lage mancher Euro-Länder lasse hier vorerst keine grossen Änderungen zu.

Für Rutz sind es auch die wirtschaftlichen Notlagen gerade beispielsweise in Frankreich, wo in einzelnen Quartieren bis zu 50 Prozent arbeitslos sind, welche aufgrund der Perspektivlosigkeit viele Jugendliche in die Arme von Extremisten treiben. Eine Bestätigung dieser These sieht er in der Herkunft der Täter von Paris, welche in solchen Umfeldern aufgewachsen sind. Aktuell sieht Rutz auch Arbeit bei uns.

So muss die KESB wieder näher an der Bürger geführt werden. Zudem gilt es, das Initiativ- und Referendumsrecht in der heutigen Form zu erhalten. «Hier drohen uns massive Einschränkungen. Es kann so weit kommen, dass auf jedem Unterschriftsbogen einer der Politik und Verwaltung nicht willkommenen Volksinitiative analog zur Zigarettenpackung mögliche Folgen und Nebenerscheinungen aufgedruckt werden müssen, um den Bürger vor der Abgabe seiner Unterschrift zu bervormunden», so Rutz etwas besorgt. «Deshalb gilt es bei den kommenden Wahlen auf die richtigen Leute zu setzen, um so weiterhin Stabilität und Sicherheit in der Schweiz zu gewährleisten.»

Fragen bewegen die Bürger

Die anschliessende Diskussionsrunde verlief durchaus sehr lebhaft. So war der Fall Carlos ein Thema. Hier machte Rutz deutlich, dass dieser Fall eindrucksvoll aufzeigte, wie heute die sogenannte Sozialindustrie läuft und unabhängig ihrer Erfolge sich kaum bremsen lässt. «Seit 1979, wo ich aktiv in der Politik bin, wird vom Abbau der Administration gesprochen. Warum bringt es bis heute aber niemand fertig, diese einzudämmen», wollte Alt-Kantonsrat Hans Farner wissen. Für Rutz ist der Hauptgrund, dass viele an die Allmacht des Staates glauben, dass dieser viele Probleme mit noch mehr Auflagen lösen kann. «Ich sehe einzig einen Lösungsansatz darin, dass man wieder verstärkt auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bürger setzt», so Rutz. Auch die anstehende Abstimmung über die Familieninitiative der CVP sorgte für Fragen.

Insbesondere das Verhalten einiger SVP-Exponenten wurde gerügt, weil sie sich gegen diese ausgesprochen haben. Rutz erinnerte daran, dass er von Beginn weg hinter der Initiative gestanden hat. «Ich kann aber jetzt die FDP nicht verstehen, dass sie die Familieninitiative der CVP mit der Begründung ablehnt, es werden damit zuviel Steuergeschenke gemacht», stellte Rutz fest. Für ihn ist klar, dass der Staat gar keine Steuer- oder Gebührengeschenke machten kann. «Der Staat nimmt einfach einem etwas weniger weg, was noch lange kein Geschenk ist», so Rutz im Klartext.

SVP BEZIRK MEILEN

Heisse Maroni bei Minustemperaturen

ZB. Eisige Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt hielten die Kantonsratskandidaten nicht davon ab, sich der Bevölkerung zu präsentieren. In Hombrechtikon verteilte Lokalmatador Tumasch Mischol zusammen mit den Kantonsräten Claudio Zanetti und Hans-Peter Amrein sowie den weiteren Kandidaten Peter Frey und Thomas Lüthi heisse Maroni den Passanten.

Unterstützt wurde das illustre Quintett von Nationalrat Gregor A. Rutz.

SVP BEZIRK PFÄFFIKON

Erfolgreiche Standaktion der SVP in Fehraltorf

Standaktion in Fehraltorf mit den Kandidaten René Truninger, Marcel Marfurt und dem bisherigen Kantonsrat Reinhard Fürst und fleissigen Helfern.

ZB. Ende Januar verteilten die sieben Kantonsratskandidaten der SVP des Bezirks Pfäffikon ZH an einer Standaktion in Fehraltorf nebst Tirggeln auch über 100 Zöpfli und schenkten Punsch und Glühwein aus. Die Bevölkerung wurde über die kommenden Wahlen im April 2015 informiert. Trotz eisigen Temperaturen fanden viele interessante Gespräche statt.

INITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERTSTEUER»

Zwischen Hoffen und Bangen

Die Grünliberalen haben eine Initiative lanciert, welche am 8. März 2015 zur Abstimmung gelangt. Diese verlangt, dass die Mehrwertsteuer abgeschafft wird. Neu soll dafür eine Steuer auf alle nicht erneuerbaren Energien (Öl, Benzin, Atomstrom etc.) eingeführt werden.

Stefan Schmid
Kantonsratskandidat
Niederglatt

Die Initiative wirkt auf den ersten Blick vernünftig, denn wir alle wollen ja eine möglichst saubere Umwelt. Erst auf den zweiten Blick entpuppt sich die Initiative als fatale Fehlkonstruktion mit grössten Risiken. Trotzdem halten die Grünliberalen an der Initiative fest, denn Grün ist die Farbe der Hoffnung. Der glp bleibt das «Hoffen», dem Volk hingegen bleibt das «Bangen». Bangen um unsere Wirtschaft, Bangen um unsere Arbeitsplätze.

Man stelle sich vor was passiert, wenn der Liter Benzin schlagartig das Doppelte oder Vierfache kostet. Was würde dies für Schreiner, Dachdecker, Gärtner, Maler und andere Handwerksbetriebe bedeuten? Sie hätten gegenüber den Anbietern aus dem grenznahen Ausland einen klaren Wettbewerbsnachteil. Der Verlust von Arbeitsplätzen wäre im Handwerk garantiert und vorprogrammiert.

Bangen müssten wir aber auch um unser produzierendes Gewerbe. Da dieses mehr Energie benötigt als Dienstleistungsbetriebe, würden sich alle in der Schweiz hergestellten Produkte verteuern, die Schweiz ihre Attraktivität als Produktionsstandort verlieren. Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen wäre flächendeckend und im ganzen Land die Folge.

Eine Fehlkonstruktion

Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen würde das Volk durch die Verteuerung von Lebensmitteln zusätzlich geplagt. Denn alle in der Schweiz hergestellten Lebensmittel würden durch die neue Steuer deutlich teurer. Vor allem Menschen mit tiefem Einkommen und Familien wären am stärksten betroffen.

Neben der Verteuerung von Lebensmitteln, würde sich die Initiative auch negativ auf die Wohnkosten auswirken. Jene Menschen, welche sich keine Wohnung in einem Minergie-Neubau leisten können, wären im Nachteil. Die neue Energiesteuer würde die Nebenkosten für Heizung und Warmwasser um ein Mehrfaches erhöhen. Diese Folge würde man als Mieter spüren, aber auch als Eigentümer.

Die Initiative wirkt sich aber nicht nur negativ auf die Lebensmittelpreise und Wohnkosten aus, sondern auch auf Alltagsgegenstände im unteren Preissegment. Für eine Kinderuhr müsste man beispielsweise denselben Frankenbetrag an Steuern entrichten, wie für ein mit Diamanten bestücktes Luxusmodell.

Neben der sozialen Fehlkonstruktion ist die Initiative auch ökologisch mehr als fragwürdig, denn die Exportindustrie wäre von der Steuer befreit. Ein verantwortungsloser Exporteur könnte beliebig viele Emissionen verursachen, steuerfrei. Der verantwortungsvolle und nachhaltige Produzent, welcher den heimischen Markt beliefert, würde hingegen mit der Energiesteuer abgestraft.

Ein waghalsiges Experiment

Dass die Initiative nicht mehr als ein waghalsiges Experiment ist, beweist die glp gleich selber. Auf deren Website steht wortwörtlich: «Sollte sich die Energiesteuer zu einem Erfolgsmodell entwickeln, würden die umliegenden Staaten rasch eine vergleichbare Steuer einführen.» Sie lesen richtig: «Sollte sich die Energiesteuer zu einem Erfolgsmodell entwickeln …». Selbst die glp scheint unsicher, riskiert nach dem Prinzip «Hoffnung» in blinder Ideologie Kopf und Kragen für Volk und Wirtschaft.

Weder Hoffen noch Bangen ist jetzt angesagt. Angesagt ist ein klares und überzeugtes NEIN am 8. März. NEIN zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen, NEIN zu teuren Lebenshaltungskosten, NEIN zu einem fatalen Experiment. Nein zur Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer».

LESERBRIEF

Wohltat oder Katastrophe

Ob die Klimaerwärmung auf eine Wohltat oder auf eine Katastrophe hinsteuert, darauf gibt es aus der Urzeit eine Antwort. Man nimmt an, dass der CO_2-Gehalt der Luft in grauer Urzeit etwas grösser war und daher das Klima der Erde wärmer war. Wäre es nicht so gewesen, gäbe es keine Torf-, keine Kohlenlager, kein Erdöl und kein Erdgas. Es hätte auch später nicht einmal pflanzenfressende Saurier gegeben.

Nur mit der einen Behauptung, der CO_2-Ausstoss muss vermindert werden, weil sich sonst die Erde erwärmt, ist es nicht getan. Viele Kreise reden immer vom Klima und niemand getraut sich, die näher kommende Realität auszusprechen. Die Wahrheit muss doch heissen, die fossilen Energieträger müssen gespart werden, dass die nachfolgenden Generationen auch noch von den Vorräten zehren können. Ob das global gelingt, ist die grösste Aufgabe der Zukunft. Die Politik wird früher oder später diese Wahrheit offen kommunizieren müssen. Das Klima wird aus verschiedenen Gründen nach hinten verschoben. Der politische Einsatz wäre viel einfacher, hätte sich nicht aufgrund von Prognosen schon längst eine grosse Klimaindustrie eingenistet. Die Politik ist mit der wachsenden Weltbevölkerung konfrontiert. Die Nahrungsmittelbeschaffung wird anspruchsvoller. Der Energiebedarf nimmt ständig zu. Die Menschheit wächst in eine unheimlich extrem schwierige Zeit.

Nach oben stehender Erkenntnis aus der grauen Urzeit gibt es Klarheit darüber, dass mit höherem CO_2-Gehalt die Pflanzen viel besser wachsen. Das wird auch heute da und dort experimentell bewiesen. Das hat die Weltbevölkerung zur Sicherstellung der Nahrung bitter nötig. Stimmt die Niederschlagsmenge so ist die Erhöhung der Temperatur nicht so wichtig. So gelesen wird das viel gescholtene CO_2 zur Wohltat für die Menschheit und nicht zu angekündigten Katastrophen führen.

Max Matt,
Altstätten SG

«VERHANDLUNGEN» MIT DER EU

Orientierungsloser und verunsicherter Bundesrat

Die Orientierungslosigkeit und Verunsicherung des Bundesrates in diesen Tagen ist erstaunlich und beunruhigend zugleich. Wer ohne Plan nach Brüssel reist, um herausfordernde Verhandlungen anzustossen, kehrt als logische Konsequenz ohne Ergebnis zurück. Dabei wäre die Ausgangslage eigentlich klar. Die Regierung kann mit einem Volksentscheid im Rücken auf den für die Schweiz zwingenden Bedarf nach einer Änderung der vertraglichen Modalitäten hinweisen. Dies ist selbstverständlich nur dann glaubwürdig möglich, wenn eine Kündigung des betreffenden Vertrages, in diesem Fall jener über die Personenfreizügigkeit, als Option im Raum steht. Ist der Bundesrat dazu nicht bereit, wird er bei den Verhandlungen mit der EU nie auf einen grünen Zweig kommen.

Martin Baltisser
Generalsekretär
SVP Schweiz

Auch alt Bundesrat Adolf Ogi hat bei seiner Analyse, welche er am Sonntag über die Presse vornahm, einen wichtigen Unterschied zu früheren Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU ausser Acht gelassen. Er und seine Regierungskollegen hätten früher unmissverständlich auf den Volksentscheid in der Schweiz und die damit zusammenhängende Verpflichtung gegenüber dem Souverän hingewiesen. Die Ausgangslage wäre damit von Seiten der Schweiz klar umrissen gewesen und mit dem nötigen Selbstbewusstsein vorgetragen worden.

Heute relativieren Bundesräte den ihnen peinlichen Volksentscheid und proklamieren gar offen, auf diesen Entscheid zurückzukommen. Im offiziellen Verhandlungsmandat sollen zwei sich widersprechende Ziele, die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und der Erhalt der Bilateralen I und damit der Personenfreizügigkeit, auf die gleiche Stufe gestellt werden. Auf diese Weise sind Verhandlungen schon vor deren Aufnahme zum Scheitern verurteilt. Dem Bundesrat bleibt noch eine kleine Chance, beim Entscheid über das weitere Vorgehen in dieser oder der kommenden Woche das Ruder herumzureissen.

Note ungenügend

Völlig inakzeptabel ist die Tatsache, dass ein Jahr nach dem Volksentscheid vom 9. Februar 2014 zur neuen Verfassungsbestimmung noch immer keine Umsetzung auf Gesetzesstufe vorliegt. Dies, obwohl das Staatssekretariat für Migration (SEM) bereits beim Treffen mit der SVP Mitte März 2014 die Basis für ein Kontingentssystem mit Inländervorrang als Vorlage auf dem Tisch hatte. Ein System, das sich nota bene auf bewährte, frühere Konzepte und die heute noch immer angewendete Praxis für Drittstaaten (160 Länder weltweit) anlehnt. Auch das Umsetzungskonzept der SVP basiert darauf. Dass die Präsentation der rechtlichen Umsetzung im Inland nun bereits über Monate hinausgezögert wird, stellt dem Bundesrat ein miserables Zeugnis aus. Mit unverständlichem Taktieren wurde wertvolle Zeit verschenkt, um bestehende Probleme anzugehen.

Propagandamaschinerie hochgefahren

Die Zeit ist aus Sicht des Bundesrates natürlich nicht ungenutzt verstrichen. Vielmehr wurde in den letzten Monaten eine veritable Propagandawalze hochgefahren, welche zum Ziel hat, den Volksentscheid vom 9. Februar zu diskreditieren und die bilateralen Abkommen mit der EU zu glorifizieren. Dazu werden Studien bestellt, Zahlen frisiert, Wissenschaft, Verbände und Medien als willfährige Gehilfen eingespannt. Jede noch so abwegige Verbindung zwischen irgendwelchen, vermeintlich negativen Entwicklungen und der Annahme der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung wird breitgeschlagen.

Finanzpolitik im Blindflug

Nun soll gar der Einbruch der Bundeseinnahmen auf die «Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit» zurückzuführen sein, wie ein Medium kürzlich insinuierte. Dumm nur, dass die Steuereinnahmen von 2014 zu einem schönen Teil auf den Abschlüssen von 2013 beruhen und sogar noch im Jahr 2014 bei vielen Schweizer Unternehmen Rekordergebnisse erzielt wurden, wie die in diesen Tagen präsentierten Jahresabschlüsse belegen. Zudem gab es 2014 so viele Firmengründungen wie noch nie. Real sind hingegen beispielsweise die wirtschaftliche Schwäche im Euro-Raum und die Auswirkungen der Boykott-Politik gegenüber Russland. Und zur Erinnerung: Es war die SVP, welche im Hinblick auf das Budget 2015, wie in den Jahren zuvor, vor finanzpolitischen Fehleinschätzungen gewarnt und zur Zurückhaltung gemahnt hatte. Niemand ist im Parlament ihren konsequenten Kürzungsanträgen gefolgt. Stattdessen wurde weiter mit der grossen Kelle angerührt, obwohl eine Verschlechterung der Konjunkturlage bereits absehbar war. Heute denken nun plötzlich auch die Wirtschaftsverbände und die Mitte-Parteien über eine Plafonierung der Staatsausgaben und des Bundespersonalbestandes nach.

Wetten, dass auch dieses Mal den grossspurigen Forderungen wieder gewundene Begründungen folgen werden, weshalb eine zurückhaltende Ausgabenpolitik nicht realisierbar sei.

KINDES- UND ERWACHSENENSCHUTZBEHÖRDE

Problematische KESB – Eine Auslegeordnung

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) steht in der Kritik. Um die Fehlentwicklungen zu beheben, braucht es die Rückkehr zur alten Organisation. Dazu sind Änderungen auf kantonaler und Bundesebene notwendig.

Hans Finsler
Gemeinderat
Kantonsratskandidat SVP
Affoltern am Albis

Wie sind wir eigentlich zu den KESB gekommen?

Am 19. Dezember 2008 wurde die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) betreffend den Erwachsenenschutz von den eidgenössischen Räten beschlossen. Die Referendumsfrist lief am 16. April 2009 ab; der Bundesrat setzte die Änderung auf den 1. Januar 2013 in Kraft.

Ein wesentliches Ziel des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts war die Professionalisierung der Behördenorganisation. Aus diesem Grund trat an die Stelle einer Vielzahl von kommunalen und meist nebenamtlichen Vormundschaftsbehörden die interdisziplinäre Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Nach dem «Fall Niederhasli» 1997 schien auch der «Fall Bonstetten», in dem 2010 ein 5-jähriger Junge von seinem eigenen Vater getötet worden war, die Grenzen der Laienarbeit in diesem anspruchsvollen Bereich aufzuzeigen. Die Kritik an der Neuregelung des Erwachsenenschutzrechts verstummte.

Vorgaben des Bundesrechts

Das Kindesrecht ist in den Art. 252 bis 327c, das Erwachsenenschutzrecht in den Art. 360 bis 455 ZBG geregelt. In Art. 440 ZGB steht: «Die Erwachsenenschutzbehörde ist eine Fachbehörde … Sie fällt ihre Entscheide mit mindestens drei Mitgliedern.»

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) haben die Aufgabe, den Schutz von Personen sicherzustellen, die nicht selbständig in der Lage sind, die für sie notwendige Unterstützung einzuholen. So beispielsweise wenn sie noch minderjährig sind und die Eltern sich nicht um sie kümmern können, sie geistig behindert, psychisch beeinträchtigt oder schwer suchtkrank sind. Im Kanton Zürich betreiben die Gemeinden 13 interdisziplinär zusammengesetzte KESB.

Erfährt die KESB durch die betreffende Person selbst oder durch Angehörige, Nachbarn, Polizei oder von anderen Personen von einer Gefährdungssituation, klärt sie ab, wie geholfen werden kann. Nach Art. 443 ZGB kann sich jede Person an die KESB wenden, wenn ihres Erachtens Erwachsene oder Kinder gefährdet sind und möglicherweise behördliche Hilfe brauchen. Behörden, Ämter und Gerichte sind sogar zur Meldung verpflichtet.

Kantonale Regelungen

Das kantonale Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) detailliert und ergänzt die Vorschriften des ZGB zur Organisation, zur Zuständigkeit und zum Verfahren der KESB und den Rechtsmittelinstanzen. Es ist ebenfalls auf den 1. Jan. 2013 in Kraft getreten. Es hält über das ZGB hinaus u.a. fest:

- Der KESB gehören zwingend Mitglieder mit Fachwissen in den Bereichen Recht und Soziale Arbeit an. Zusätzlich gehören der KESB Mitglieder an mit Fachwissen in den Bereichen Pädagogik, Psychologie, Gesundheit oder Treuhandwesen.
- Die Mitglieder der KESB müssen einen Universitätsabschluss oder einen eidgenössisch anerkannten Ausbildungsabschluss auf Tertiärstufe in einem dieser Fachbereiche, sowie eine mehrjährige berufliche Tätigkeit in diesem Fachbereich nachweisen.
- Mindestpensen von 80 Prozent (Präsident/in) bzw. 50 Prozent (Mitglieder) sind vorgeschrieben, um die Professionalität zu fördern.
- Als Mitglieder der KESB können nur Schweizerinnen und Schweizer ernannt werden, die in der Schweiz Wohnsitz haben.
- Entscheidet die KESB als Kollegium, muss je ein Mitglied aus dem Fachbereich Recht und dem Fachbereich Soziale Arbeit an der Entscheidung mitwirken.

Ein Pikettdienst – unter der alten Miliz-Organisation fast selbstverständlich – war im Entwurf des Regierungsrats des EG KESR vorgesehen, wurde aber vom Kantonsrat gestrichen. Nachdem der Gesetzgeber so entschieden hatte, sehen sich die gut bezahlten Beamten in den KESB natürlich nicht verpflichtet, über ihre ordentliche Arbeit hinaus auch einen Pikettdienst zu bieten.

Erfolg der neuen Gesetzgebung?

Dem Zürcher Gesetzgeber war bewusst, dass ein vollamtliches Vormundschaftswesen mehr Geld kosten würde (wegen Lohnkosten der neuen Mitarbeiter und Kosten der neuen Infrastruktur). Für den ganzen Kanton Zürich wurde (gemäss Antrag des Regierungsrates vom 31. August 2011) mit höchstens 45,1 Mio. Franken jährlich gerechnet. Dies entsprach etwa 33 Franken auf jeden Einwohner.

Tatsächlich ist unsere KESB Affoltern die Hälfte teurer! Diese erheblichen Mehrkosten seien von den Gemeinden zu tragen, weil diese ja schon bisher für das Vormundschaftswesen zuständig waren.

Dem steht die Einsparung einiger Sitzungsgelder der vom Vormundschaftswesen entlasteten Gemeinderäte gegenüber. Ich schätze die Grössenordnung auf weniger als 1 Franken pro Einwohner und Jahr.

Die von den KESB verursachten Massnahmekosten (v.a. für den Kindesschutz) sind für die Gemeinden zunehmend schmerzhaft (siehe Fall Hagenbuch).

Auch da waren aber Regierung wie Kantonsrat der Ansicht, diese Kosten seien wie bis anhin von den Gemeinden zu tragen. Dabei wurde nicht bedacht, dass die neue Organisation die Gemeinden zu reinen «Zahlstellen» ohne Mitspracherecht degradierte, weil die anordnende und die zahlende Behörde neu auseinander fallen. Mit einer hilflos wirkenden «Empfehlung» vom 28. Mai 2014 versucht die Justizdirektion, zwischen dem Aktengeheimnis der KESB und dem Interesse der Gemeinden auf Einbezug in Kindesschutzverfahren eine vertretbare Position zu finden. Das Resultat überzeugt nicht. Leider schliessen vermeintlich professionelle, jedenfalls vielfach teurere Behörden Ereignisse wie den tragischen Kindsmord in Flaach am 1. Januar ebenso wenig aus, wie früher die nebenamtlichen Laien-Gemeinderäte. Immer häufiger vernimmt man Klagen über das rabiate Vorgehen (oder über die Passivität und die langsamen, aufwendigen Verfahren) dieser oder jener KESB. In Leserbriefen wird gar gefragt, wie Kinder und Erwachsene vor der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde geschützt werden können!

Sind mit den KESB Behördenmonster geschaffen worden, welche trotz grossen Zusatzkosten keinen Zusatznutzen bringen? Zumindest ich habe bisher nichts von positiven Wirkungen der Professionalisierung des Vormundschaftswesens gehört. Einmal mehr hat unser Gesetzgeber in seinem immer hektischeren Aktivismus ein Gesetz geändert (wie immer mit den besten Absichten) und damit zwar die absehbaren negativen Folgen bewirkt, aber nicht die positiven Erwartungen erfüllt.

Was tun?

«Die guten alten Zeiten» waren nicht nur gut. Andererseits ist nicht alles, was neu ist, allein darum auch besser. Angesichts ihrer Kosten und der bisherigen Erfahrungen mit den KESB wünscht man sich deren umgehende Abschaffung und die **Rückkehr zur alten Organisation.**

Allerdings sind die entscheidenden Rahmenbedingungen (Fachbehörde … mit mindestens drei Mitgliedern) auf Bundesebene durch das ZGB vorgegeben. Dort müssten sie also rückgängig gemacht werden; innerhalb des Kantons Zürich mögliche Massnahmen könnten dieses Ziel nicht realisieren. Eine Standesinitiative könnte diesen Vorgang allerdings einleiten.

Auf kantonaler Ebene sind immerhin einige Korrekturen des Zürcher Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) möglich:

- Eigenartigerweise werden die Mitglieder der KESB im Kanton Zürich **nicht demokratisch gewählt,** sondern von den zuständigen Exekutivbehörden (der Sitzgemeinde oder des Zweckverbands) ernannt. Der Regierungs- und der Kantonsrat waren der Meinung, dass eine Volkswahl die geforderte Fachlichkeit der KESB nicht sicherstelle. Für andere fachlich qualifizierte Behörden – namentlich Betreibungsbeamte, Notare, Friedensrichter und Gerichte, Staatsanwälte – müsste dies aber ebenso gelten. Tatsächlich gibt es keinen Grund, weshalb die sonst selbstverständliche Volkswahl nicht auch für die KESB gelten sollte. Sie würde immerhin bewirken, dass die Mitglieder der KESB demokratischer Kontrolle unterständen und sich periodisch um ihre Wiederwahl bewerben müssten. Beides ist heute nicht der Fall.
- Alternativ zur Volkswahl der KESB drängt es sich auf, das Auseinanderfallen zwischen der Behörde, die die Mitglieder der KESB ernennt, und der Aufsicht über die KESB (die Justizdirektion) zu beheben. Hat die Aufsicht keine Weisungsbefugnis und die anstellende Behörde keine Aufsicht, kann eine **handlungsfähige Aufsicht** von vornherein nicht stattfinden.
- Das von den KESB gegenüber den Gemeinden geltend gemachte **Amtsgeheimnis** ist aufzuheben. Die Gemeinden – ihre Behörden und Angestellten – stehen ebenfalls unter dem Amtsgeheimnis. Oft besitzen die Gemeindebehörden bereits Kenntnisse über Personen, welche zu neuen «Fällen» der KESB werden. Eine engere Zusammenarbeit ist darum dringend angezeigt. Es genügt nicht, den KESB unter gewissen Bedingungen unverbindlich die Information der Gemeinde zu empfehlen.
- Wo aus Entscheiden der KESB Kostenfolgen für die Gemeinden resultieren, ist eine **Mitwirkung der Gemeinde beim Entscheid** verbindlich vorzuschreiben! Noch besser wäre, die KESB nur die Anträge auf Entscheide mit Kostenfolgen stellen zu lassen, und die Entscheide den Gemeinden vorzubehalten.
- Endlich ist der Verzicht auf die Qualifikation «Universitätsabschluss oder eidgenössisch anerkannter Ausbildungsabschluss auf Tertiärstufe» und auf die Mindestpensen der KESB-Mitglieder zu prüfen. Das dürfte zugleich die Kosten der KESB etwas reduzieren und die Kommunikation und das Verständnis zwischen den KESB und ihren «Fällen» erleichtern.

Fadegrad

von
Roland Scheck

Geldeintreiber

Die Politik der Linken und Korrekten verschlingt viel Geld. Um die Begehrlichkeiten zu finanzieren, werden immer neue Einnahmequellen gesucht. Als Zielgruppe hierfür besonders beliebt ist der Autofahrer, die Cash Cow schlechthin. Legitimiert wird der Griff in Autofahrers Portemonnaie mit dem Gesetz. Gemäss Strassenverkehrskontrollverordnung hat die Polizei unter anderem den Auftrag, Widerhandlungen zu verhindern, Fehlbare zu verzeigen und Ordnungsbussen nach dem Ordnungsbussengesetz zu erheben. Gemäss Polizeigesetz und Polizeiorganisationsgesetz trifft die Polizei Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verhütung von Unfällen und verfolgt Verstösse gegen das Verkehrsrecht.

Verkehrssicherheit klingt immer gut. Nur sei dann die Frage erlaubt, weshalb Bussen budgetiert werden. In der Schweiz werden durch Kantone und Gemeinden jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken an Busseneinnahmen budgetiert, Tendenz steigend. Wer berufstätig ist, weiss, wie in einem Betrieb mit Budgets umgegangen wird. Budgets sind MbO-relevant. Potenzielle Abweichungen – insbesondere negative – werden mittels Controlling-Instrumenten früherkannt, worauf die Führung Massnahmen zur Budgeteinhaltung beschliesst. So läuft es in der Privatwirtschaft, und so läuft es auch in der Verwaltung.

Was geschieht nun, wenn ein Controller nach Ablauf des ersten Quartals feststellt, dass die Budgeteinhaltung bei den Busseneinnahmen gefährdet ist? Nun, wir wissen es nur aus inoffiziellen Quellen. Offiziell beharren Polizei und Regierung auf der Position, dass Bussen ausschliesslich der Verkehrssicherheit dienen. Viele Autofahrer würden jedoch das Gegenteil behaupten. Am 17. April 2014 hat eine einzige mobile Geschwindigkeitskontrolle auf der Autobahn A53 bei Volketswil fast 70 000 Franken Bussgelder eingespielt. Ein beachtlicher Betrag für eine einzige Messung. Ob es zur besseren Verkehrssicherheit beigetragen hat, wissen wir nicht. Aber der Budget-Einhaltung hat es bestimmt gut getan.

Es sei problematisch, wenn Kantone die Staatskassen mit übermässigen Bussen optimieren, sagt der Präsident der kantonalen Polizeidirektorenkonferenz. Auch der Polizeibeamten-Verband ist davon überzeugt, dass die Kantone mit Einnahmen aus Bussen das knappe Budget aufbessern. Und selbst die Stiftung für Konsumentenschutz stört sich daran und spricht von einer versteckten Steuer. Sie alle haben recht, nur der Politik scheint es egal zu sein. Lieber Parkbussen ausstellen als besetzte Liegenschaften räumen. Lieber Radaranlagen aufstellen als Saubannerzüge stoppen. Der Bevölkerung hingegen wäre wesentlich mehr gedient, wenn die Polizei anstatt Geldeintreiben den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Zielvereinbarung hätte.

SCHLUSS MIT DER LARI-FARI-POLITIK GEGENÜBER HAUSBESETZERN UND CHAOTEN

Zürich brennt und die Linke schaut hin – die SVP handelt

Der rot/grüne Stadtrat von Zürich toleriert illegale Hausbesetzungen. Mit seiner Strategie fördert er diese geradezu.

Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionspräsident SVP
Zürich 10

Die Konsequenzen sind offensichtlich: Kaum je eine illegale Hausbesetzung wird seitens Besetzer freiwillig, anständig, ohne Sachschaden zu hinterlassen und das Gebäude aufgeräumt, beendet. Entweder ziehen die Besetzer nach zig Ultimaten ab und hinterlassen das nackte Chaos oder sie bleiben, bis die Polizei das Gebäude räumt.

Hohe Kosten für Eigentümer und Steuerzahler

Ziehen sie selber ab, hinterlassen die Häuserbesetzer Berge von Abfall und beschädigen vielfach Gebäudeteile. Die Leidtragenden – mit den Worten des linken Stadtrates von Zürich – «des friedlichen Abziehens» sind es die jeweiligen Inhaber des Gebäudes, welche selber vollumfänglich für die Kosten der Entsorgung beziehungsweise der Instandstellung aufkommen müssen. Nebenbei gesagt müssen sie übrigens auch für die Kosten der Energie und des Wassers während der Besetzung aufkommen.

Muss die Polizei nach zig erfolglosen Ultimaten das Gebäude räumen, kommen neben den bereits erwähnten Kosten zu Lasten der Eigentümerschaft zum Teil hohe Kosten für den Polizei- und vielfach auch den Feuerwehreinsatz hinzu. Diese tragen die Stadtzürcher Steuerzahlenden.

Fatale Politik

Da sich der Stadtrat von Zürich strikte weigert, in illegal besetzten Liegenschaften rigorose Polizeikontrollen mit erkennungsdienstlichen Massnahmen durchzuführen, weiss die Polizei im Nachhinein kaum, wer sich illegal in den besetzten Liegenschaften aufgehalten hat und somit zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Eine fatale Politik!

Vielfach werden in illegal besetzten Liegenschaften eigentliche Saubannerzüge durch Zürich minuziös geplant und organisiert. Die jeweilige Bilanz ist ernüchternd: Sachschäden in Millionenhöhe an privatem und öffentlichem Eigentum, Plünderungen von privaten Gewerbeläden und Polizeieinsätze, welche ebenfalls mit zig 100 000 Franken pro Chaoten-Nacht zu Buche schlagen. Doch all das interessiert den Stadtrat von Zürich nicht. Der Stadtrat duldet weiterhin jegliche Art von Hausbesetzungen. Er weigert sich strikte, illegal besetzte Liegenschaften sofort zu räumen.

Klima für Chaotentum

Jetzt wird in der Öffentlichkeit über Massnahmen wie Videoüberwachung an grösseren Plätzen usw. gesprochen. Doch das eigentliche Problem liegt an einem anderen Ort und fängt viel früher an:

- Mit seiner Haltung gegenüber militanten Hausbesetzern schafft der Zürcher Stadtrat ein Klima, in welchem sich ein solches Chaotentum entwickeln und gedeihen kann.
- Zürich hat einen ultralinken Polizeivorsteher, der (Zitat) «den schwarzen Block eine interessante Ergänzung» findet.
- Mit seiner sogenannten Deeskalationsstrategie (zuerst zusehen, wie sich eine illegale Demonstration mit vermummten, offensichtlich gewaltbereiten Personen, entwickelt) lässt der Stadtrat eine anfänglich überblickbare und vor allem noch einkesselungsfähige Chaoten-Demonstration auf eine immense, bedrohliche Grösse anwachsen.

Kehrtwende dringend nötig

All diese Punkte müssen geändert werden. Die SVP fordert den Stadtrat auf, seine Lari-Fari-Politik gegenüber Chaoten und Hausbesetzern um 180 Grad zu ändern. Illegale Hausbesetzungen dürfen nicht mehr toleriert werden. Entsprechend sind solche Liegenschaften und Gelände unverzüglich zu räumen. Personen, welche sich illegal in Häusern aufhalten, sind erkennungsdienstlich zu erfassen und gemäss den geltenden Gesetzen (Hausfriedensbruch) zu bestrafen. Illegale Demonstrationen sind von allem Anfang an im Keime zu ersticken und aufzulösen. Personen, die sich an solchen Demonstrationen beteiligen, sind zu verhaften und ebenfalls erkennungsdienstlich zu registrieren.

Politische Vorstösse auf allen Ebenen

Als begleitende Massnahmen wird die SVP in den jeweils zuständigen Parlamenten Vorstösse mit folgenden Forderungen einreichen:

- Das im Kanton Zürich geltende Vermummungsverbot soll in Zukunft nicht mehr als einfache Übertretung gelten, sondern neu als Vergehen bestraft werden (Vorstoss im Kantonsrat).
- Sämtliche Polizeiposten in der Stadt Zürich sollen im Aussenbereich Video überwacht werden (Vorstoss im Gemeinderat). Während oder nach jeder Ausschreitung gab es Sachbeschädigungen an Polizeiposten.
- Das Rathaus Zürich soll im Aussenbereich Video überwacht werden (Vorstoss im Kantonsrat). Im Anschluss an jede Ausschreitung gab es Sachbeschädigungen am Parlamentsgebäude.
- Das Einrücken der Polizisten nach dem Alarmieren von ihrem Aufenthaltsort (z.B. Wohnort) zur Hauptpolizeiwache Urania mit ihrem privaten Fahrzeug soll als sogenannt «Dringliche Dienstfahrt» taxiert werden (Nationalrat).

Die Gewerbetreibenden und die Bevölkerung unserer Stadt haben genug von zerstörerischen Saubannerzügen durch Zürich. Gegenüber Automobilisten (z.B. Parksündern, etc.) gilt in Zürich die Nulltoleranz-Politik. Diese Nulltoleranz-Politik muss gegenüber Hausbesetzern und Chaoten ebenfalls gelten, alles andere ist fatal!

Volksabstimmung vom 8. März 2015

VORLAGE STADT ZÜRICH

1. «Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Metallrückgewinnung aus Kehrichtschlacke, Anpassung der Anlagen für den Schlackeaustrag, Objektkredit von 38,9 Mio. Franken» **JA**

Regierungsrat Markus Kägi an der Standaktion Zürich 11/12

Engagement und ausgezeichnete Stimmung am Standplatz, trotz eisigen Temperaturen unter dem Nullpunkt.

Erwärmend waren zahlreiche Begegnungen, Gespräche und Wertschätzungen mit und von Bürgern/-innen bei der Migros in Zürich-Affoltern – Wahlkampf bereitet Freude.

«Euch braucht es, Ihr müsst/sollt mehr an diesem Standort sein» so die nichtalltägliche Reaktion eines erfreuten Wählers. Wir haben verstanden, am 07.03.2015 sind wir wieder in Affoltern!

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?

Werben Sie deshalb in Ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP. Mit dem Neumitglieder-Wettbewerb können Sie mit Ihrer Ortspartei von Anfang Februar bis Ende November 2015 teilnehmen und tolle Preise gewinnen. Die Hauptpreise gewinnen die Sektion, die bis Ende November am meisten Neumitglieder im Verhältnis zur heutigen Mitgliederzahl und die Sektion, welche am meisten Neumittglieder (Anzahl) geworben hat.

Der Hauptpreis: Die Sektionen mit den meisten Neumitgliedern gewinnen je 20 Tickets für die Albisgüetli-Tagung 2016.

Ein Sommer-Etappenpreis wird noch bekanntgegeben.

Um am Neumitglieder-Wettbewerb teilzunehmen, können die bestehenden Mitgliedertalons verwendet werden. Bitte kennzeichnen Sie diese mit einem grossen «W» für Wettbewerb.

Mitgliederkarten bestellen unter 044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch

Wirtschaftsstandort Zürich: Chancen für das Hochschulquartier

Regierungsrat Ernst Stocker, SVP
Regierungsrat Thomas Heiniger, FDP

Und mit Kantonsrätin Regine Sauter, FDP,
sowie Kantonsratskandidat Urs Fehr, SVP

Dienstag 24. Februar 2015 um 18:30 Uhr

Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, 8044 Zürich

18.30 Uhr	Türöffnung
19.00 Uhr	Begrüssung durch den Direktor der Klinik, E. Roger Gutersohn
19.10 Uhr	Podiumsdiskussion mit anschliessendem Apéro und exklusiver Führung durch die Klinik

Veranstalter: SVP Zürich Kreis 7+8, FDP Zürich Kreis 7+8, Gewerbeverein Zürich-Ost

Achtung!

Zahle
Höchstpreise
für
alle **Autos.**

Komme
bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Erfolgreich
werben
im
«Zürcher Boten»
und
«Zürcher Bauern»

HadererDruck
Telefon 044 752 10 10
www.hadererdruck.ch
Wahlpropaganda zu Vorzugskonditionen

Mittwoch, 18. Februar
20 bis 20.45 Uhr
Restaurant Kaserne, Bülach

Können sich Energie nur noch die Reichen leisten?

Energie- statt Mehrwertsteuer?

Streitgespräch zwischen den Kantonsräten

Claudio Schmid, SVP, und Jörg Mäder, GLP

Leitung: Matthias Hauser

Kritische Fragen willkommen!
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

SVP Bezirk Bülach

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

KLEININSERATE

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

Kaufe Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Zu verkaufen: Heubelüfter «Zemp», Oben-Modell 5 PS, kompl. mit Kabel/Stecker und Lüftungskänälen, wenig gebraucht, Fr. 300.–. Tel. 044 920 06 74.

Zu verkaufen: 2 Pneus 13´6–36 6Ply für Doppelräder, 50 %, Fr. 250.–; **Kombigebläse Saxer** Aufbaumotor m. Rohren + Verteiler. Tel. 076 473 93 21.

Freizeit/Kontakte: Aufgest **CH-Sie** NR 37 J., schlank, 175cm, ohne Altlasten sucht ebensolchen CH ER; ernstgemeinte Zuschriften mit Foto werden beantwortet. Chiffre: Bote 07-0001.

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 924 20 70

SVP Metzgete im Armbrustschützenhaus

Schweizer Qualität
SVP
Die Partei des Mittelstandes

mit den Regierungsräten **Markus Kägi und Ernst Stocker**

Freitag, 13. Februar 2015, ab 17.30 Uhr
im Armbrustschützenhaus Turbenthal

Sie werden von unseren KantonsratskandidatInnen bedient.
Reservation möglich unter Telefon 052 385 37 19

15. Nationaler SVP-Jasscup

mit Parteipräsident Toni Brunner
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 21. Februar 2015
im Casino, Herisau AR
10.00 bis 16.00 Uhr, Türöffnung um 9 Uhr

Jetzt anmelden: www.svp.ch

Öffentliche Infoveranstaltung der SVP Sektionen Birmensdorf und Uitikon:

Rettet unsere Altersvorsorge - Das 3-Säulen-Modell in Gefahr?

mit Hanspeter Konrad, Toni Bortoluzzi und Markus Binder

Schweizer Qualität
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Mittwoch, 25. Februar 2015, 19:30 Uhr,
im „Üdikerhus“, Zürcherstrasse 61, 8142 Uitikon-Waldegg,
weitere Infos unter: www.svp-birmensdorf.ch

Keine Steuergelder verschwenden für Carlos und die Sozialindustrie!

SVP Liste 1 wählen

Schweizer Qualität
SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP Kt. Zürich, 8600 Dübendorf, PC 80-35741-3, www.svp-zuerich.ch

Öffentliche Veranstaltung der
SVP Wila

Einladung

Unsere Kantonsratskandidaten des Bezirks Pfäffikon stellen sich vor

Dienstag, 17. Februar 2015, ab 20.00 Uhr
Mehrzwecksaal, Schulhaus Eichhalde, 8492 Wila

20.00 -20.30	Vorstellung des Projekts WWT Zusammenschluss Schulen Wila-Wildberg-Turbenthal
20.30-21.30	Vorstellung der KR-Kandidaten
21.30	Diskussionsrunde, Apèro

PROJEKT WWT

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Stabilität&Sicherheit
SVP
www.svp-wila.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 23. Februar 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf, Aesch, Uitikon, Urdorf
Samstag, 7. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Dörfli, Uitikon.

Samstag, 4. April 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Landhus, Aesch.

Samstag, 2. Mai 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Steinerhof, Urdorf.

Samstag, 6. Juni 2015, 10.00–11.30 Uhr, im Bistro des AZAB (Alterszentrum am Bach), Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach
Mittwoch, 18. Februar 2015, 20.00–20.45 Uhr, Restaurant Kaserne, Bülach, Streitgespräch zum Thema: Energie- statt Mehrwertsteuer? Mit den Kantonsräten Claudio Schmid, SVP, und Jörg Mäder, GLP. Leitung: Matthias Hauser. Anschliessend Delegiertenversammlung.

Bezirk Bülach / Bachenbülach
Freitag, 6. März 2015, 19.00 Uhr, Mehrzweckhalle, Bachenbülach, öffentliche Podiumsveranstaltung zum Thema: «Die Welt aus den Fugen: Wird 2015 ein Schicksalsjahr?» mit NR Hans Fehr, SVP; NR Doris Fiala, FDP; und KR Peter Reinhard, EVP. Podiumsleitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor Zürcher Unterländer. Moderation: GR Michael Biber, Kantonsratskandidat. Ablauf: 19.00 Uhr Einführungsreferat von Franz Bieger, Gemeindepräsident, 19.20 Uhr Podium, 20.00 Uhr Diskussion, 20.30 Uhr Apéro. Veranstalter: Bachenbülacher Parteien SVP, FDP, EVP. Patronat: Gemeinde Bachenbülach.

Bezirk Dietikon / Aesch
Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Dorfplatz, Aesch, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Samstag, 28. Februar 2015, 8.30–12.00 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Montag, 23. März 2015, 19.30 Uhr, Restaurant Sommerau, Dietikon, Öffentlicher Informationsanlass «Altersvorsorge 2020». Referenten: Hanspeter Konrad, Direktor Schweizerischer Pensionskassenverband, SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi und Markus Binder, Arbeitsgruppe Altersvorsorge SVP Zürich. Anschliessend Apéro.

Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Oberengstringen
Samstag, 14. März 2015, 9.00–14.00 Uhr, Einkaufszentrum, Oberengstringen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Schlieren
Samstag, 14. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Zentrum, Schlieren, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Zentrum, Schlieren, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, Spitzacker, Urdorf, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Spar Vorplatz, Urdorf, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Meilen / Meilen
Donnerstag, 26. Februar 2015, 19.00 Uhr, Rest. Büelen, Schützenhaus Meilen, 96. Generalversammlung, mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Samstag, 28. Februar 2015, 19.00 Uhr, Nef Holzwaren, Holderbaum, Bauma, Fondsueplausch mit SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Anmeldung bei Kurt Münger, Tel. 078 657 00 34, kurt.muenger@sunrise.ch

Stadt und Bezirk Winterthur
Sonntag, 22. März 2015, 10.00–16.00 Uhr, auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi, vis-à-vis Media Markt, Jazzmatinée. Es spielen für Sie von 11.00 bis 15.00 Uhr: Togg Seven, Jazzband. Eintritt frei / Festwirtschaft.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 21. Februar 2015, 9.00–11.30 Uhr, Wiediker Märt, Zürich, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Dienstag, 24. Februar 2015, 18.30 Uhr, Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, Zürich, Öffentliche Podiumsdiskussion mit Moderator Peter Hartmeier, Publizist. Thema: Wirtschaftsstandort Zürich: Chancen für das Hochschulquartier. Teilnehmer: Regierungsrat Ernst Stocker (SVP), Kantonsratskandidat Urs Fehr (SVP), Regierungsrat Thomas Heiniger (FDP) und Kantonsrätin Regine Sauter (FDP). 18.30 Uhr: Türöffnung, 19.00 Uhr: Begrüssung durch den Direktor der Klinik, E. Roger Gutersohn, 19.10 Uhr: Podiumsdiskussion mit anschliessendem Apéro und exklusiver Führung durch die Klinik. Veranstalter: SVP Zürich Kreis 7+8, FDP Zürich Kreis 7+8 und Gewerbeverein Zürich-Ost.

Samstag, 28. Februar 2015, 10.00–12.00 Uhr, an der Höschgasse, Zürich-Seefeld, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, am Toblerplatz und Kirche Fluntern, Zürich, Standaktionen.

Samstag, 14. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, im Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, im Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, am Kreuzplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 14. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 21. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Wipkingen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Donnerstag, 26. März 2015, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Limmatberg, Zürich, Generalversammlung und Vorstellung der Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 4. April 2015, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Wipkingen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 11. April 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 14. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, am Marktplatz, Oerlikon, Standaktion.

Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Schaffhauserstrasse vor der Maria Lourdes Kirche, Seebach, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Jonas-Furrerstrasse, vor der Post, Affoltern, Standaktion.

Samstag, 14. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, am Marktplatz, Oerlikon, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Schaffhauserstrasse vor der Maria Lourdes Kirche, Seebach, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Jonas-Furrerstrasse, vor der Post, Affoltern, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 11 und 12
Samstag, 14. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 21. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 14. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Samstag, 7. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, Kreuzplatz, Zürich, Standaktion mit Kantonsratskandidatin Nina Fehr Düsel. Wir offerieren Kaffee und Kuchen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 5. März 2015, 19.30 Uhr, Blauer Saal, Volkshaus Zürich, Podiumsveranstaltung zum Thema: Wieviel Hilfe ist sozial? U. a. mit SVP-Kantonsrat Claudio Schmid. Veranstalter: SP Stadt und Kanton Zürich.

Samstag, 7. März 2015, 9.45–12.00 Uhr, Grossrats-Saal im Grossratsgebäude, Obere Vorstadt 10, Aarau, 10. sifa-Wintertagung, Vortrag von SVP-Nationalrat Lukas Reimann: So sorgen wir für mehr Sicherheit! Anschliessend Diskussion und Apéro.

Montag, 9. März 2015, 19.15–21.30 Uhr, Restaurant Kreuz, Bern, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Montag, 16. März 2015, 19.15–21.30 Uhr, beim Bahnhof, Lausanne, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Mittwoch, 18. März 2015, 19.15–21.30 Uhr, im Hotel Chur, Chur, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Dienstag, 24. März 2015, 20.00 Uhr, Löwensaal, Rüti, öffentliche Veranstaltung/Streitgespräch zu Schwerpunkten der Märzsession mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Martin Naef, SP. Gratisapéro.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN

Bezirk Dietikon / Aesch
Donnerstag, 5. März 2015, 20.15 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Gemeindesaal Nassenmatt, Lielistrasse 16, Aesch ZH, Referat von Roger Köppel, Weltwoche Verleger und Chefredaktor, zum Thema: «Erfolgsmodell Schweiz – Optimistisch in die Zukunft!», mit anschliessender Fragerunde, Eintritt frei. Begrüssung und Moderation durch Gemeinderat und SVP-Kantonsratskandidat Diego Bonato, Aesch ZH. Überparteiliches Unterstützungskomitee Diego Bonato in den Kantonsrat.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Montag, 23. Februar 2015, Apéro ab 19.30 Uhr, Hotel Sommerau, Dietikon, Parteiversammlung, mit Gemeinderäten und Kantonsratskandidaten. Gast: Regierungsratskandidatin Carmen Walker Späh (FDP).

Bezirk Horgen / Wädenswil
Donnerstag, 5. März 2015, 19.30 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, Au-Saal, Öffentliche Veranstaltung zum Thema Flughafen Zürich. Mit Regierungsrat Ernst Stocker und SVP-Kantonsratskandidaten. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen
Dienstag, 24. Februar 2015, 20.15 Uhr (Türöffnung 19.45 Uhr), Riedstegsaal, Bergstrasse 111, Uetikon am See, Referat von Nationalrätin Natalie Rickli zum Thema: Aktuelles aus Bundesbern. Anwesend sind die SVP-Kantonsratskandidaten aus dem Bezirk Meilen. Begrüssung: Kantonsrätin Theres Weber, Schlusswort: Christian Hurter, Kantonsratskandidat. Anschliessend Apéro.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Samstag, 14. Februar 2015, ab 17.00 Uhr, Valentinsbar beim Skilift Dicki, Hintergasse 30, Weisslingen, Öffentliche Wahlveranstaltung, Regierungs- und Kantonsratswahlen 2015.

Bezirk Pfäffikon / Wila
Dienstag, 17. Februar 2015, 20.00 Uhr, Mehrzwecksaal Schulhaus Eichhalde, Wila, Vorstellung der SVP-Kantonsratskandidaten des Bezirks Pfäffikon sowie Info zum Projekt Schulfusion Wila-Wildberg-Turbenthal. Anschliessend Apéro.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296–3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.